

## Antrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Ulrike Müller, Dr. Leopold Herz, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Claudia Jung, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Manfred Pointner, Markus Reichhart, Tanja Schweiger, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

### **Weinbau in Bayern – Herausforderungen meistern, Wege aufzeigen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten über die Reform der Europäischen Weinmarktorganisation, das Auslaufen des Anbaustopps für Reben und die sich daraus ergebenden Konsequenzen für die bayerischen Winzer zu berichten.

Dabei ist insbesondere auf folgende Punkte einzugehen:

- Welchen Gestaltungsrahmen hat die Staatsregierung bei der Umsetzung der EU-Vorgabe zur Anbauregelung?
- Gibt es Planungen für ein etwaiges Nachfolgemodell der Weinmarktordnung in der Regie des Staates, etwa die Beibehaltung des Anbaustopps auf Länderebene?
- Unterstützt die Staatsregierung die Forderung der Winzer und Weinbauverbände in Bayern, die bestehende Rebflächenbegrenzung grundsätzlich beizubehalten?
- Welche Maßnahmen wurden bzw. werden von ihr ergriffen, die Forderung der überwiegenden Mehrheit der europäischen Weinbauregionen zu unterstützen, die unkontrollierte Ausweitung der Rebflächen zu verhindern?

#### **Begründung:**

Das Auslaufen des europäischen Anbaustopps im Weinanbau 2015 bzw. 2018 führt zu großen Unsicherheiten unter den Winzern.

Bei den Winzern und Weinbauverbänden wird befürchtet, dass es mit dem Auslaufen des Anbaustopps, zu einer Abwanderung des Weinbaus in flache Lagen kommt. Dies verunsichert besonders Winzer in den schwerer zu bewirtschaftenden Steil- und Terrassenlagen, da diese unter erschwerten Bedingungen wirtschaften. In verschiedenen Mitgliedsstaaten der EU wird derzeit die Möglichkeit regionaler Anbaustopps auf Mitgliedsländerebene diskutiert. Wie die Staatsregierung die Entwicklung einschätzt und bewertet und welche Konsequenzen sie für den bayerischen Weinbau sieht, soll im Rahmen des Berichtes aufgezeigt werden.